

Zeitschrift: Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz

Band: 8 (2015)

Heft: 23

Artikel: Reformfreudige Kantone

Autor: Knüsel, Paul

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-583318>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Übersicht Zivilschutz aktuell

Reformfreudige Kantone

Um das Leistungsangebot zu professionalisieren und die Ressourcen effizienter zu nutzen, straffen viele Kantone ihre bisweilen verzettelten Zivilschutzorganisationen. Die Reformen sind umfassend geplant und teilweise sehr weit gediehen.

«Für neue Ideen müssen oft alte Gewohnheiten aufgegeben werden», machte Walter Müller den Delegierten des Schweizerischen Zivilschutzverbands SZSV in diesem Frühjahr Mut. Der St. Galler Nationalrat und SZSV-Präsident sprach an der Generalversammlung über Reformprojekte bei Bund und Kantonen und beschwor eine positive Aufbruchsstimmung.

Tatsächlich stecken viele Zivilschutzorganisationen mitten im Wandlungsprozess. Eine inländische Tour d'Horizon von Ost nach West zeigt, wie weit die Änderungspläne allenthalben gediehen sind. Vor einem Jahr hat die Thurgauer Regierung das «Organisationskonzept Zivilschutz Thurgau 2015+» unter Dach und Fach gebracht. Die St. Galler Exekutive wird eine Gesetzesrevision noch vor Winteranfang präsentieren, wie Jörg Köhler, Leiter des kantonalen Amtes für Militär und Zivilschutz, mitteilt. Im Aargau ist das Kantonsparlament eben daran, die Revision zu beraten. Und aus den Regionen in Solothurn ist zu vermelden, dass die Vorgabe der Regierung, die Kommandos zu restrukturieren, mit laufenden Fusionen umgesetzt wird.

Grosse Akzeptanz

Was sich vom Thurgau bis Solothurn tut, passt bestens zum anhaltenden nationalen Reformtrend im Zivilschutzwesen: Kommunale Organisationseinheiten sind ein Auslaufmodell; nur mehr acht werden von Gemeinden mit weniger als 6000 Einwohnern geführt. Seit 2008 sind ungefähr hundert lokale Einheiten zusammengelegt worden. Im Zivilschutz-Reporting berichten die Kantone an das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS ausserdem, dass inzwischen über zwei Drittel der Zivilschutzkommandos in regionalen Händen liegen respektive auf kantonaler Ebene zusammengeführt worden sind. Auch die Aargauer Regierung möchte die bisherigen 22 Zivilschutzregionen nun zu elf Einheiten zusammenführen. Und die Solothurner Exekutive verlangt ihrerseits «keine Reduktion der Zivilschutzregionen», nennt aber keine konkrete Zahl.

Die Pläne bedeuten teilweise zwar eine markante Veränderung, trotzdem stossen sie auf mehrheitliche Akzeptanz, wie der erfolgreiche Beginn der Thurgauer Zivilschutzreform zeigt.

Vor zwei Jahren hatte die Regierung im Bodenseekanton das «Organisationskonzept Zivilschutz Thurgau 2015+» präsentiert: Noch fünf Regionen sollen von bisher zwölf Verbundorganisationen bestehen bleiben und ihre Grenzen an der politischen Bezirkseinteilung orientieren. Die öffentliche Vernehmlassung verlief praktisch reibungslos; die Reaktionen waren grossmehrheitlich positiv. Inzwischen ist die Bündelung der Einsatzkräfte gesetzlicher Auftrag und per Verordnung rechtskräftig geworden. «Auf dieser Grundlage können wir den Zivilschutz zum effizienten und leistungsfähigen Katastrophenschutzorgan weiterentwickeln», bestätigt Urs Alig, Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz und Armee im Kanton Thurgau, die Absicht hinter dem Restrukturierungsplan.

Einfachere und schlankere Strukturen

Vergleichbares nimmt sich der Nachbarkanton St. Gallen in der laufenden Reform «Zivilschutz 2015+» vor: Statt zwanzig brauche es nur noch acht Regionen. Zusätzlich will die Behörde den Angehörigenbestand abspecken. Die Zahl der Dienstpflichtigen soll von 5300 auf 3300 reduziert werden. Zwar fielen die ersten Reaktionen aus Gemeinden und der Basis teilweise kritisch aus, nach Abschluss der Vernehmlassung blieb jedoch ein positives Fazit. Der Wunsch nach einfacheren und schlankeren Strukturen für den Zivilschutz ist nun auch im Klosterkanton akzeptiert. Die Verbesserung der Einsatzfähigkeit, eine höhere Effizienz und ein Zuwachs des Leistungsangebots sind weitere Vorteile, die sich Behörde und Gesetzgeber in St. Gallen und anderen Kantonen mit den Zivilschutzreformen verschaffen wollen.

Die aktuelle Reorganisationswelle ist in einigen Gegenden mit Spezialitäten gespickt: So richtet der Thurgau neu ein kantonales Katastrophen-Einsatzelement ein und



Analysen haben gezeigt, dass zwischen den Zivilschutzorganisationen grosse Unterschiede in der Ausrüstung bestehen. Regionalisierungen sollen die Qualität verbessern.

vereinheitlicht die organisatorischen, personellen und infrastrukturellen Anforderungen an die Einsatzkräfte. Die fünf Zivilschutzregionen besitzen nun sogar ein identisches Bataillonsorganigramm. Und zwischen Kanton und Gemeinden ist geklärt, wie Aufgaben und Kosten gegenseitig aufzuteilen sind. Der Thurgauer Amtsleiter Urs Alig ist von der Qualitätsverbesserung überzeugt: «Die Umstrukturierung erlaubt nicht nur, die aktuellen Leistungsaufträge zu erfüllen, sondern auch die kommenden Herausforderungen zu meistern.»

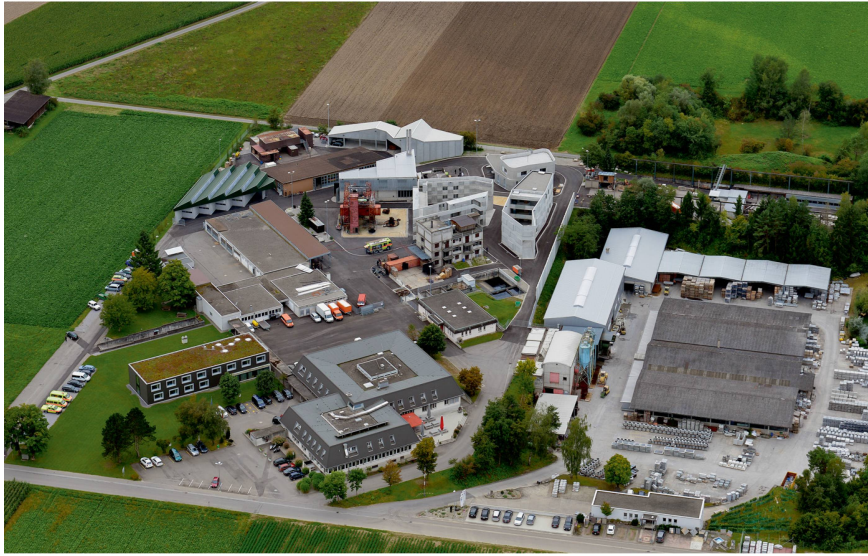
Änderungen angeregt

Ein wichtiger Auslöser für die aktuellen Reformvorhaben war genau dieser Befund, dass Zivilschutzorganisationen ungenügend für die Zukunft gerüstet sind. Vor vier Jahren deckte eine externe Zustandsanalyse den «umfassenden

Optimierungsbedarf» im Thurgauer Zivilschutz auf; ähnliche Diagnosen weckten auch andere Kantone auf. Die Sollbestände lokaler Zivilschutzformationen seien zufällig gewählt und der Ausrüstungsgrad uneinheitlich geregelt, lautet ein häufiger Befund. Zu den Mängeln gehöre auch, dass zu viele kleine Einheiten Gefahr laufen, künftig nicht alle Kaderstellen besetzen zu können.

Kommunale Organisationseinheiten sind ein Auslaufmodell.

Zur Verbesserung regten die kantonalen Analysen daher eine grundlegende organisatorische Strategieänderung an, darunter etwa das Straffen der teilweise verzettelten Strukturen und eine Reduktion des Aktivbestandes. Das



Das über vierzigjährige Zivilschutzzentrum Andelfingen ist in ein modernes Übungsgelände für den Bevölkerungsschutz umgewandelt und vor einem Jahr dem Betrieb übergeben worden. Im Kanton Zürich dürfen auch Feuerwehrkorps, Rettungsdienste, das Militär und Polizeikräfte aus Schaffhausen, Thurgau, Aargau sowie Basel-Stadt den Ernstfall trainieren.

Zusammenlegen kleiner Zivilschutzkommandos erhöht die individuellen Arbeitspensen im Führungskader, was für die langfristige Stellenbesetzung attraktiver ist. Ausserdem wird die Betriebseffizienz erhöht und das Aufgabenspektrum harmonisiert. Bisweilen kann sich das Zivilschutzkommando nun um zuvor ausgelagerte Aufgaben wie die periodische Schutzraumkontrolle wieder selbst kümmern. Die Reduktion des Aufwands ist im Reformprogramm jeweils ein willkommener Zusatzeffekt.

Sehr weit fortgeschritten sind die Reformpläne im Westen der Schweiz.

Auch das St. Galler Kantonsparlament verlangte, die Restrukturierung des Zivilschutzes mit finanziellen Entlastungsmassnahmen zu kombinieren. Dennoch versteht sich die Reform weder als Leistungsabbau noch als Sparaktion. Die Regierung hat allerdings beschlossen, den Aufwand vermehrt über die Ersatzabgabe für Zivilschutzräume zu finanzieren. Und beim Arbeitsauftrag ist Neues dazugekommen: Die Ortung und Rettung verschütteter Personen oder die Betreuung von Unfallopfern soll das Angebot der Zivilschutzkräfte ergänzen. Das Leistungsspektrum wird also erweitert und die Zusammenarbeit mit Polizei- und Rettungs-

kräften vertieft. «Frauen sind vermehrt willkommen», erklärt die St. Galler Regierung und hofft auf Erweiterungseffekte.

Auch Infrastrukturverbesserungen

Dagegen haben finanzielle Bedenken im Kanton Luzern dafür gesorgt, den Status quo im Zivilschutz beizubehalten und eine Vereinheitlichungsinitiative vorzeitig zu stoppen. Ursprünglich wurde die Kantonalisierung der bislang sechs Zivilschutzregionen angestrebt; die drohenden Mehrausgaben haben Regierung und Parlament aber zum Übungsabbruch bewogen. Die mit der Strukturreform verbundene bauliche Erweiterung des Ausbildungszentrums wurde kurz danach ebenfalls «aus finanziellen Gründen» abgesagt.

Mit dem Umbau in einzelnen Schritten hatte der Zürcher Zivilschutz bisher Erfolg. Vor zehn Jahren erfolgte der organisatorische Schnitt: Über hundert lokale Einheiten wurden zu gut einem Dutzend Regionen zusammengelegt und der Bestand der aktiven Schutzdienstpflichtigen um mehr als zwei Drittel reduziert. Erst jetzt folgte die Verbesserung der Ausbildungsinfrastruktur. Das über vierzigjährige Zivilschutzzentrum Andelfingen ist in ein modernes Übungsgelände für den kantonalen Bevölkerungsschutz umgewandelt und vor einem Jahr dem Betrieb übergeben worden. Dem Kanton Zürich gelang es, die kantonale Gebäudeversicherung an der Investition zu beteiligen. Deshalb dürfen nun in Andelfingen auch Feuerwehrkorps, Rettungsdienste, das Militär und Polizeikräfte aus Schaffhausen, Thurgau, Aargau sowie Basel-Stadt den Ernstfall trainieren.

Sehr weit fortgeschritten sind die Reformpläne im Westen der Schweiz. Bereits vor drei Jahren erfolgte im Wallis die Kantonalisierung des Zivilschutzes: Per 2012 wurden über drei Dutzend Einheiten zugunsten von sechs Regionalkommandos aufgehoben, mit kantonalen Leistungsaufträgen ausgestattet und territorial den Stützpunktfeuerwehrkommandos zugeordnet.

Einen vergleichbaren Schritt zur Effizienzsteigerung und Professionalisierung der «Protection civile» hat Ende letzten Jahres das Kantonsparlament in der Waadt beschlossen. Wie die übrigen reformfreudigen Kantone hofft die Waadtländer Regierung nun, dass «die gebündelten Ressourcen dem kantonalen Sicherheits- und Schutzbedürfnis besser gerecht werden können».

Paul Knüsel

freier Fachjournalist